

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 1

Artikel: Castro hiess Invasion der CSSR gut, aber Cuba ist zu weit weg für Normalisierung
Autor: Ferites, Pascuale
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095492>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Castro hiess Invasion der CSSR gut, aber Kuba ist

Zu weit weg für Normalisierung

Von Pascuale Ferites

Wo überall es regierende kommunistische Parteien gibt, die man in allgemeiner Ausrichtung dem Moskauer Lager zusprechen kann, geht der so vielgenannte «Polyzentrismus» zurück, und an seine Stelle tritt der angebliche Internationalismus sowjetisch verstandener Normalisierung. Das hatte sich in Osteuropa, namentlich bei Ungarn und Polen, schon gezeigt, bevor der Fall der CSSR die flagrante Bestätigung brachte. Wie steht es nun ausserhalb Europas? Kuba hatte diesen Sommer überrascht, als ausgerechnet Castro, der ausgesprochene Gegner jeglicher «Zentren», die Okkupation der Tschechoslowakei guthiess. Er nannte die Massnahme zwar völkerrechtswidrig, aber politisch gerechtfertigt. Hiess das, dass auch Castro vor dem Kreml unzufrieden war, ein Opfer vielleicht des wirtschaftlichen Drucks? Aber so einfach war die Sache nicht. Das zeigte sich im Herbst, als Havanna, wie übrigens schon manchmal zuvor, die internationalen Beratungen boykottierte, die Moskau einberief. Kuba steuert weiterhin seinen eigenwilligen Kurs, und mehr als irgendwann in den letzten acht Jahren bedeutet ein eigenwilliger Kurs eine Herausforderung der Sowjetführung gegenüber.

Freilich sind Castros Reibereien mit Moskau bei weitem keine neue Erscheinung. Schon lange vor seiner Machtergreifung hatte der junge Rebell begriffen, dass der prokommunistische «Partido Socialista Popular» (PSP) eine Interessengruppe von ganz besonderer Machtart war. Ihr war jedes Mittel zum Ziel recht, und sie nahm keinen Anstoss daran, auch mit Batista einen Handel zu schliessen, wenn ihr das nützlich erschien. So wurde der PSP von Castros Gruppe nicht in den Plan eingeweiht, am 26. Juli 1953 die Kaserne von Moncada anzugreifen. Der natürliche Hang der Kommunisten, revolutionäre Bewegungen ausserhalb ihrer Kontrolle zu verraten, hätte sich nachteilig auswirken können.

Fidel, ein bourgeois Putschist

Als der Coup tatsächlich missriet, fielen die Kommunisten prompt über den undialektischen Aktivismus seiner Urheber her. In der Folge dauerte ihre Kritik an Castro an und verstärkte sich einige Jahre später, als er aus dem Gefängnis entlassen war und im mexikanischen Exil seine bewaffnete Rückkehr nach Kuba vorbereitete. Parteikarrieristen, wie Blas Roca und Carlos Rafael, nannten ihn einen bourgeois Putschisten und einen Abenteurer ohne Ideologie. Im grossen und ganzen ist Moskau übrigens bei dieser Ansicht geblieben. Die Vorwürfe fanden sich etwa im Mai 1968 in den Spalten von «Kommunist», dem theoretischen Organ der KPdSU,

getreulich wieder. Die Jahre, die dazwischen liegen, bestätigen nur, dass der Disput zwischen Havanna und Moskau nicht bloss ephemerer Natur ist.

Der PSP begann ein ernstliches Interesse an Castro zu nehmen, nachdem er das Jahr 1957 in der Sierra Maestra überlebt hatte. Er nahm damals die Offensive gegen Batistas Armee auf, die durch ein amerikanisches Waffenembargo geschwächt war (aber ja!) und sich wachsenden städtischen Bewegungen gegenübergestellt sah. Nun schickte man Parteimitglieder in die Sierra. Sie sollten sich dort den Guerillas anschliessen. Zwecks Kontrolle natürlich. Um ihre eigene Macht zu demonstrieren, blockierte der PSP im Frühjahr 1958 einen Generalstreik, den die Castrostristen ausgerufen hatten.

Wieder einmal: Die KP stiehlt die Revolution

Die Demonstration scheint ihre Wirksamkeit gehabt zu haben. Jedenfalls kam es im Sommer des gleichen Jahres doch zum Schulterchluss. PSP-Parteichef Carlos Rafael Rodriguez ging in die Sierra und setzte Castro auseinander, dass er ohne Unterstützung der Partei nicht an eine Machtübernahme denken könne. Castro liess sich überzeugen. Trotz seiner Aversion gegen die PSP-Führer unternahm er es sogar, die kommunistische Ideologie zu studieren, wenn er auch, wie er Jahre später in einer Rede sagte, nie so weit ging, «Das Kapital» ganz zu lesen.

Bis Castro 1959 schliesslich die Kontrolle über Kuba gewann, hatten die Kommunisten weitgehend die Kontrolle über seine Bewegung gewonnen. Auf allen Ebenen hatten sie ihre Leute placiert. Ueberdies war der PSP die einzige Partei in der Koalition, die über politische Leitgedanken und über politische Organisationsstrukturen verfügte. Die andern Koalitionsträger, die «Bewe-

Zum zehnten Jahrgang

(Fortsetzung von Seite 1)

Vor allem aber galt es, eine sachbezogene Position gegenüber dem Kommunismus und seinem Herrschaftsanspruch auszuarbeiten. Das waren die schwierigen Zeiten, da die emotionelle Ablehnung vorherrschte. Man war gegen den Kommunismus, mehr wollte man nicht wissen. Das schien genug.

Das war indessen nicht genug. Die Forderung nach Abbruch aller Beziehungen war unreal, unpolitisch und unklug. Das Ost-Institut setzte sich damals — noch praktisch allein — für wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen unter gewissen Voraussetzungen ein — wie auch heute noch.

Und dann kam 1963 der grosse Umschwung. Im Frühjahr wurde der Graben zwischen Peking und Moskau offensichtlich: die feindlichen Brüder schienen sich selbst zerfleischen zu wollen. Und im Sommer schlossen die UdSSR und die USA das Atomtest-Abkommen: Moskau schien sich dem Westen anzunähern.

Die emotionalen Antikommunisten, deren Enttäuschung eine Selbsttäuschung vorangegangen war, zogen sich zurück; die öffentliche Meinung pendelte sich auf einer Entspannung ein, die wiederum auf Selbsttäuschung gründete. Hier

brachte der Prager Sommer 1968 eine traurige Ernüchterung.

Zwischen diesen Pendelschlägen hatte das Ost-Institut einen realpolitischen und sachbezogenen Kurs der Mitte verfolgt, der uns den Vorwurf erst des unzuverlässigen, dann des sturen Antikommunismus einbrachte.

Indessen hatten wir eine theoretische Plattform ausgearbeitet, die sich in ihren zeitbezogenen Konkretisierungen als richtig erwiesen hat. Wir bekämpfen im Kommunismus nur dessen Herrschaftsanspruch, den Versuch also, mit Zwang und Gewalt kommunistische Glaubensinhalte zu verbreiten.

Mit der Dynamisierung der weltpolitischen Entwicklung war die Zeit der Unsicherheit angebrochen, da keine Allianzen und Antagonismen mehr Bestand haben: mit ein Grund für die wachsende Kompliziertheit der Lage.

Es kann heute ein berufstätiger Staatsbürger ungleich weniger als vor zehn oder noch vor fünf Jahren sich ein eigenes Zeitbild auf Grund von Nachrichten erarbeiten. Der nötige Zeitaufwand kann physisch gar nicht mehr erbracht werden. Die Informationsflut stieg einmal wegen der weltpolitischen Machtaufteilung: die bestimmenden Zentren haben sich vermehrt. Dann wurde die Flut auch technisch erhöht: Radio und Fernsehen haben sich in einem Mass ein-

geschaltet, das vor zehn Jahren kaum vorstellbar war.

Dringendste Aufgabe ist heute, dem interessierten und dem zu interessierenden Staatsbürger Ueberblick zu geben. Hatte «Der Klare Blick» vor zehn Jahren fast allein Informationen aus Osteuropa und den Entwicklungsländern vermittelt, so ist das jetzt tägliche Brot von Zeitungen, Radio und Fernsehen. Vielleicht wird des Guten zuviel getan. Der Bürger versinkt in dieser Flut.

Daher haben wir längst eine Anpassung an diese neuen Verhältnisse vollzogen. Einzelmeldungen traten zugunsten von Uebersichten in den Hintergrund. Mehr und mehr hat sich die Notwendigkeit gezeigt, auch das Spektrum zu erweitern. Damit ist der Zeitpunkt des Namenswechsels gekommen, nicht als Abkehr vom bisherigen Ziel, sondern im Willen, das gleiche Ziel mit neuen Mitteln anzustreben.

Das Ziel ist das gleiche geblieben. Wir gehen davon aus, dass die bessere und sachlichere Information der grösstmöglichen Zahl zu besseren und sachlicheren Entschlüssen führt. Aber heute ist es weniger unsere Aufgabe, Einzelinformationen zu vermitteln, als diese Einzelinformationen in ihre Zusammenhänge einzufügen, um das Bild unserer Zeit übersichtlich und verständlich zu machen.

Peter Sager

gung vom 26. Juli» und der «Directorio Estudiantik», waren recht formlose Gruppierungen von Aktivisten, die keine sehr feste Vorstellung davon hatten, was sie mit der eben eroberten Macht anfangen sollten.

In diesem Vakuum hatten es die erfahrenen PSP-Politiker leicht, vorteilhaft zu manövrieren. Sie waren sogar drauf und dran, Castro seine Revolution zu stehlen. Die rasch ausgebrochenen Zwiste mit den USA brachten Castro dazu, sich nach einem neuen Schutzpatron umzusehen. Die UdSSR bot sich als starker Verbündeter an, und die Sicherheitsdistanz schien ja gegeben.

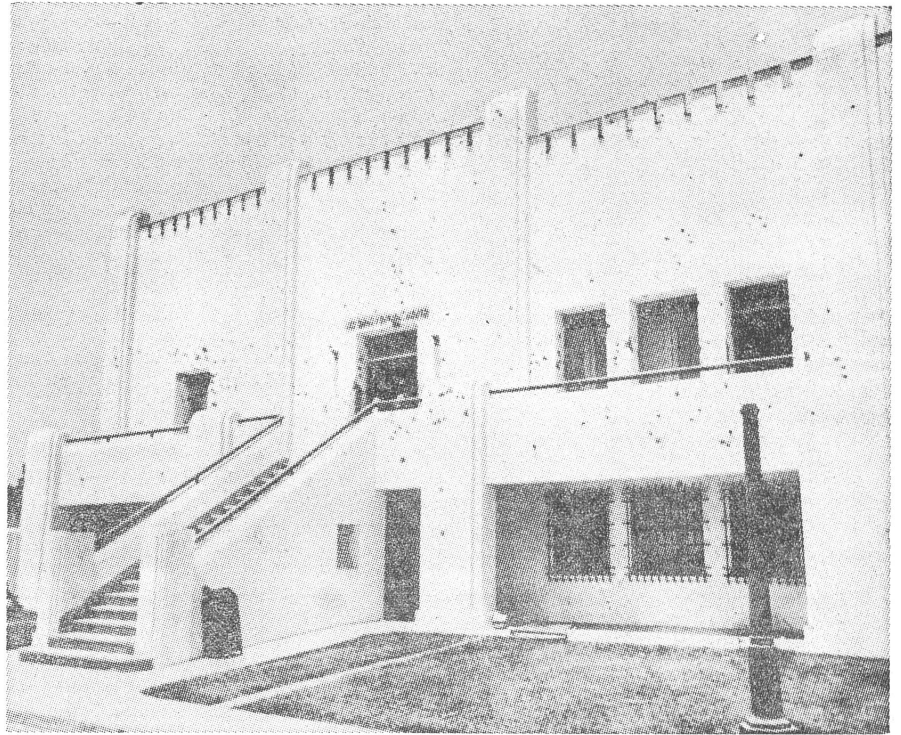
Zunächst begünstigte das freilich den PSP, der sich unverzüglich daranmachte, den Regierungsmechanismus in die Hände zu bekommen. Marcos Rodriguez, zuvor bewährter Informant, wurde mit der Verbreitung des Marxismus im Militärapparat betraut. Sein Gönner Joaquin Ordoqui wurde Direktor der Militärversorgung. Tamara Bunke, die später als «Tanja» bei der unglücklichen Bolivien-Expedition Guevaras sterben sollte, reiste als sowjetische Spionin in Kuba ein, und sie war bei weitem nicht die einzige. Vor allem aber wurde der zuverlässige «Moskowiter» Anibal Escalante Vorsitzender der neuen totalitären Partei, die Castro aus der unergiebigsten Koalition zu schmieden wünschte. Im ganzen Land bemächtigte sich der PSP aller gegebenen oder zu schaffenden Organisationen auf Staats-, Provinz- und Gemeindeebene. Es sollte bis 1962 dauern, ehe Castro durch seine eigene Partei davon überzeugt werden konnte, dass Escalante nahezu völlig denen die Revolution abgenommen hatte, die sie durchgeführt hatten. Mittlerweile konnte freilich Castro nicht mehr viel anderes tun, als Escalante nach Moskau exilieren zu lassen, weil er sich bereits nicht mehr erlauben konnte, mit den Russen zu brechen.

1962: Castro schlägt zurück

Die Raketenkrise von 1962 war für Castro ein doppelter Schlag. Die Sowjets entfernten ihre Raketen von der Insel und gestatteten ihren Schützlingen in Lateinamerika nicht, eine Grossaktion gegen die USA zu unternehmen. Castro reagierte sozusagen ebenfalls auf doppelte Weise. Er begann die PSP-Kommunisten in Kuba von ihren einflussreichen Posten zu entfernen, und er begann im übrigen Lateinamerika eigene revolutionäre Bewegungen in Konkurrenz zu den prosovjatischen Organisationen zu fördern. So gedachte er seine Unabhängigkeit von Moskau innen- und aussenpolitisch zu behaupten.

Castros Vorgehen gegen den PSP zeigt ihn durchaus als gewiegtten revolutionären Politiker. Obwohl die Kommunisten seine Absicht, sie zu diskreditieren und loszuwerden, erkannt hatten, vermochten sie das nicht zu verhindern. Die erste «Provokation», ein Streit um Filme und Kultur, war zunächst nichts weiter als ein Sturm im Wasserglas. Aber sie wuchs rasch zu einem umfassenden Angriff auf die kommunistische Führung aus. Im Mittelpunkt stand der Schauprozess, den man Marcos Rodriguez machte, weil er 1957 studentische Revolutionäre an das Regime Batista verraten hatte. Rodriguez wurde zum Symbol aller Laster der prosovjatischen Kommunisten aufgespielt, verurteilt und hingerichtet.

Darnach griff Castro den einflussreichen Ordoqui an. Dieser war dank seiner Position im Armee-Apparat der einflussreichste prosovjati-



26. Juli 1953. Der Sturm auf die Moncada-Kaserne in Santiago ist gescheitert, und die Kommunisten nennen Castro einen bourgeoisen Abenteurer.

sche Kommunist in Lateinamerika. Und sein Name hatte noch immer — hierin unterschied er sich von den übrigen PSP-Führern — einen guten Klang in der Öffentlichkeit. Man konnte ihn getrost als Moskaus wichtigsten Mann in Havana betrachten. Um ihn auszubooten, erklärte man ihn zum «Beschützer» von Marcos Rodriguez und zwang ihn zum Rücktritt. Die sowjetische Botschaft auf Kuba wurde in dieser Affäre zwar vorstellig, aber Castro nahm seinen Entschluss nicht mehr zurück. Carlos Rafael Rodriguez wurde zu Beginn des Jahres 1965 entlassen, und Blas Roca wurde mit der Ausarbeitung einer neuen Staatsverfassung beauftragt, was in solchen Ländern eine Aufgabe von netter Belanglosigkeit ist.

Mittlerweile machte auch die neue, von Moskau unabhängige Aussenpolitik Fortschritte. Zwar stimmte Castro bei einem Treffen vom Herbst 1964 in Havana dem Moskauer Begehren zu, seine aussenpolitischen Aktivitäten via etablierte kommunistische Parteien zu betreiben, aber gerade das tat er in den beiden folgenden Jahren nicht. Man schickte «Che» Guevara in den Kongo und «Tanja» nach Bolivien. In Venezuela unterstützten die Kubaner Douglas Bravo, ausgesprochen gegen den Willen der moskautreuen Parteiführer. Neue Aktivitäten wurden für Zentralamerika, die Kariben und Peru ausgearbeitet. Die «Trikontinentale» (Konferenz) von Havana stellte die Plattform dar, auf welcher Kuba seinen Trotz gegen Moskau vor aller Welt kundtat.

Als Ende 1965 die Kommunistische Partei Kubas ausgerufen wurde, war sie pro Castro. Und sie hatte und behielt einen antisowjetischen Beigeschmack.

Die Sowjets reagierten sowohl mit einem Umsturzversuch in Kuba selbst als auch mit einer anticastristischen Kampagne im übrigen Lateinamerika.

Die Affäre Escalante

Schlüsselfigur der Hausverschwörung gegen Castro war Anibal Escalante, dem man inzwischen die Rückkehr nach Kuba gestattet hatte. (Zu den Einzelheiten dieser Sache in kubanischer Version siehe KB, Nr. 4/1968.) Man hatte ihn in einer Hühnerfarm untergebracht. Dort betrieb er seine Aktivität und pflegte seine Kontakte. Aber sie waren nicht ganz so unauffällig wie die Mikrophone, die der Geheimdienst angebracht hatte. Alle Bewegungen von Escalantes Mitverschwörern, insbesondere auch ihre Kontakte zu sowjetischen Diplomaten, wurden aufs sorgfältigste registriert. Im Januar 1968 wurden die Mitglieder der «partei feindlichen Mikrofraktion» vor Gericht gestellt und zu Zuchthausstrafen verschiedenen Ausmasses verurteilt. Die Sowjets konnten Escalante so wenig helfen wie seinerzeit Ordoqui.

Dass diese Verschwörung fehlschlug, will natürlich nicht heissen, dass die Russen bei Gelegenheit keinen neuen Versuch unternehmen würden. Castro habe «endlich einmal richtige Ferien ver-

Weltpolitik im **ZEITBILD**



Hier spricht er nicht zu den Fischern, sondern zu den Genossenschaftsbauern.

dient», soll man in gewissen osteuropäischen Regierungen zu sagen pflegen, wie ein Funktionär erzählt hat. Ihrerseits hat die ungarische Presse den Castrismus besonders aufs Korn genommen. Sie liess schon — und gar nicht so verblümt — durchblicken, dass Castro sich von den USA als Werkzeug missbrauchen lasse, um die Einheit der revolutionären Bewegung in Lateinamerika zu sabotieren. Die Sowjets hätten sicher nichts ge-

gen einen Führungswechsel in Havana einzuwenden, auch wenn der angeschlagene PSP es schwer haben dürfte, die Macht zu übernehmen. Schlimmstenfalls, heisst es, würden sich die Sowjets auch damit abfinden, dass alles in der Familie bleibt, denn Fidels Bruder Raul soll in Moskauer Sicht als traktabler gelten. Ob freilich Raul Castro die in ihn gesetzten Hoffnungen rechtfertigen würde, wäre gegebenenfalls immer noch zu sehen; mittlerweile steht er, schon als Berichterstatter über den Fall Escalante und Konsorten, nicht im Geruch besonderer Sowjetfreundlichkeit.

Che und Tanja

Im Ausland ist das Scheitern von «Che» Guevaras Mission in Bolivien durch Moskau und die moskautreue Kommunistische Partei Boliviens zur Gewissheit gemacht worden, nachdem sie ohnehin nicht so vorangekommen war, wie man erwartet hatte. Castros Vorwort zu Guevaras Tagebuch legt detailliert diese doppelte brüderliche Schuld dar. Die KP Boliviens (Moskau liess sich in dieser Frage auf wenig Polemik ein) reagierte auf diese Schilderung sehr hitzig, und die Kontroverse geht weiter. Im Mai 1968 war noch das Detail veröffentlicht worden, dass «Che» Guevaras Begleiterin «Tanja» 1961 als sowjetische Spionin nach Kuba gekommen war.

Während Guevara im Sommer 1967 seine letzten Gefechte in Bolivien lieferte, fochten Castro und Kossygin mit Worten gegeneinander. Beim lateinamerikanischen Solidaritätskongress vom Juli/August in Havana griff Castro die sowjetische Politik gegenüber der KP Venezuelas an. Diese hatte Castro 1966 entzweit, und begreiflicherweise attackieren ihn die dortigen Moskowiter seither mit schöner Regelmässigkeit.

Im Herbst 1967 sanktionierte Moskau zwei lateinamerikanische Angriffe auf Castro. Sie stammten von den KPs Chiles und Argentinien, die zu den «konservativen» kommunistischen Parteien des Kontinents gehören. Castro revanchierte sich, indem er eine demonstrativ unrepräsentative Vertretung zum Revolutionsjubiläum nach Moskau entsandte und in Kuba zuliess, dass man Trotzky lobte. Die Sowjets wiederum verschleppten die Wirtschaftsverhandlungen mit

Kuba und liessen etliche von Castros Wünschen unbeachtet. Dass Handelsgespräche gerade zur Zeit des Escalante-Prozesses stattfanden, war dem gegenseitigen Einvernehmen wohl auch nicht förderlich.

Castro begann indirekt, die UdSSR den USA gleichzustellen. In einer Rede vom Februar 1968 meinte er, die Revisionisten (liess UdSSR), die «Gusanos» (Konterrevolutionäre) und die USA hätten die gleiche Nabelschnur.

Im März 1968 kritisierte eine Artikelserie in der «Prawda» den kubanischen Export der Revolution und nannte Castro einen Bourgeois. Im Mai bekämpfte «Kommunist» seine Revolutions-theorie, die als trotzkistisch hingestellt wurde. Castro antwortete mit einer Reihe von Artikeln in Kuba und Mexiko. Er werde, das war die Quintessenz, seine Revolution weiterhin exportieren, ob das nun Moskau genehm sei oder nicht. In seinem Vorwort zum Guevara-Tagebuch erreichte seine Kritik auch die Form der Unmissverständlichkeit. Und im Juli organisierte er ein internationales Jugendlager in Konkurrenz zum Weltjugendfestival in Sofia.

«Umkehr» nach dem August?

Dann freilich kam die «Umkehr» vom August nach dem sowjetischen Ueberfall auf die Tschechoslowakei. Indessen war Castros recht zynisch gehaltene Gutheissung der Aktion wohl weniger von Sympathie für die Sowjetunion diktiert als von Antipathie für die tschechoslowakischen Entwicklung, die, abgesehen von ihrer Fähigkeit, das sowjetische Missfallen heraufzurufen, nun wirklich keinerlei Ähnlichkeit mit dem kubanischen Weg hatte. Seither hat Castro erkennen lassen, dass er dem sowjetischen Monopolanspruch nach wie vor ablehnend gegenübersteht, wenn es auch in der Zwischenzeit zu keiner spektakulären Polemik mehr gekommen ist.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit Kubas von der Sowjetunion ist natürlich ein objektiver Faktor, den selbst ein Fidel Castro berücksichtigen muss. Aber trotz seiner August-Stellungnahme dürfte Castro doch die Tatsache schätzen, dass auch die 10 000 Kilometer zwischen Kuba und der Sowjetunion ein objektiver Faktor sind. ■

Briefe

Marx oder Lenin?

Ihr Leitartikel «Die fromme Lüge» im KB Nr. 25/26 vom 11. Dezember 1968 scheint mir ein Diskussionsbeitrag und nicht ein Dogma sein zu wollen; jedenfalls fasste ich ihn so auf und erlaube mir deshalb, Sie mit einigen «Gegen-gedanken zum Thema» zu konfrontieren.

Sie glauben, dass der «Heilsanspruch der Sowjetunion», der Sozialismus, zu bekämpfen sei. Hier gehe ich mit Ihnen einig, wenn man, wie Sie, Sozialismus als das begreift, für was dieses Wort nach Lenin in der Sowjetunion missbraucht wurde. Wenn Sie das tun, anerkennen Sie das von ihm beanspruchte Recht des ZK der KPdSU, allein darüber zu entscheiden, was Sozialismus sei und was nicht. Gerade dieses Recht wird den

Führern der Sowjetunion von der «neuen Linken», von den «Reformatoren des Sozialismus» jedoch abgesprochen. Gleich wie die Reformatoren des Christentums zur Zeit Luthers gehen die Reformatoren des Sozialismus zur Zeit Dubceks zurück zur Quelle ihrer Heilslehre, um im Namen des wahren Christentums bzw. Sozialismus die effektiven Ketzereien der im Namen dieser Heilslehren Etablierten zu entlarven. Unter «Quelle der Heilslehre des Sozialismus» verstehe ich also nicht die Dogmen Breschnews, Stalins oder auch Lenins, sondern die Gedanken eines Marx, angereichert durch alles, was das Wort Sozialismus an Versprechen enthält. Deshalb bin ich nicht mit Ihnen einverstanden, wenn Sie glauben, die Prager Reformen hätten sich des Vokabulars des Sozialismus nur als einer frommen Lüge bedient. Im Gegenteil: Ihre Tragik ist, dass sie die wahren Sozialisten sind und auf Grund einer frommen Lüge als Ketzer verschrien werden! — Aus den eben dargelegten Gründen halte ich auch die Parallele zwischen

Inquisition und Kremllum nicht nur für «plausibel», sondern für sehr brauchbar.

Der demokratische Sozialismus hat seine Existenzmöglichkeit noch nicht bewiesen; doch gehe ich mit Max Frisch einig, wenn er ihn als eine Hoffnung hinstellt mit den Worten: «dass das Versprechen, das dort Sozialismus heisst, und das Versprechen, das hier Demokratie heisst, zu verwirklichen sind durch ihre Vereinigung.»

P. A.

Im Artikel war tatsächlich nur die Rede von «einem Sozialismus, der als Fortsetzung der Oktoberrevolution und des Leninismus verstanden wird.» Das lässt die Frage nach einem marxistischen (oder andern) Sozialismus offen. Doch solange keine gesellschaftliche Verwirklichung vorliegt, bleibt er auch als Versprechen ein Glaubenssatz, gegen den ich übrigens nichts einzuwenden habe; ich bin für Glaubensfreiheit, die freilich die Freiheit des Unglaubens mit einschliesst.

cb